

Studienpläne Fachbereich Rechtspflege Hauptstudium I

Inhaltsverzeichnis

Familienrecht / Betreuungsrecht

Grundbuchwesen

Grundlagen des Zivilrechts

Kostenfestsetzungswesen

Nachlassrecht

Staats- und Verfassungsrecht

Strafrecht / Strafprozessrecht / Strafvollstreckungswesen

Zivilprozessrecht

Zwangsvollstreckungswesen

PC-Basiskurs

Familienrecht

Vorbemerkung

Die Lehrstoffvermittlung soll den Studierenden sichere Grundlagen über das gesamte Familienrecht in materieller und formeller Hinsicht geben, ihnen die fachübergreifende Bedeutung dieses Rechtsgebietes zeigen und sie in den notwendigen Rechtsanwendungstechniken für den angestrebten Beruf schulen.

Um die Aufgaben der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers in diesem Rechtsgebiet zuverlässig erfüllen zu können, wird das Recht der elterlichen Sorge, das Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht gründlich erarbeitet. Im Betreuungsrecht werden die materiellen Grundlagen vermittelt und das von der Rechtspflegerin oder dem Rechtspfleger zu beachtende Verfahrensrecht vorgestellt.

Die Studierenden werden mit den Grundsätzen des Unterhaltsrechts, dem Verfahren der Unterhaltsfestsetzung und mit der Abänderung von Unterhaltstiteln vertraut gemacht. Die Behandlung des Ehe-, Güter- und Abstammungsrechts vermittelt die für andere Rechtsgebiete, vor allem das Grundbuch-, Zwangsvollstreckungs- und Nachlassrecht benötigten Rechtskenntnisse.

Der mit dem FamFG eingeführten umfassenden Zuständigkeit des Familiengerichts soll mit einer geschlossenen Darstellung des Verfahrensrechts des FamFG besonders Rechnung getragen werden. Der Schwerpunkt soll hierbei auf der Darstellung der Systematik und dem allgemeinen Teil des FamFG liegen. Dabei sollen die verfahrensrechtlichen Grundsätze vorgestellt und die verschiedenen spezifischen verfahrensrechtlichen Begriffe erarbeitet werden. Die Berührungspunkte zu den weiteren Pflichtfächern der freiwilligen Gerichtsbarkeit sollen aufgezeigt werden.

Zusätzlich soll das Verfahrensrecht in dem jeweiligen materiell-rechtlichen Zusammenhang der einzelnen Familiensachen punktuell vertieft werden.

1. Familie und Familienrecht - historisch, soziologisch, rechtlich

Grundrechtsgarantien - internationales Privatrecht

2. Die familienrechtlichen Rechtsverhältnisse

Verwandtschaft - Schwägerschaft

3. Abstammung

Mutterschaft - Vaterschaft, Ehe mit der Mutter des Kindes, Anerkennung bzw. Feststellung der Vaterschaft - Rechtslage vor Inkrafttreten des KindRG

4. Anfechtung der Vaterschaft

Durchführung und Wirkung der Anfechtung

5. Rechtsprobleme bei künstlicher Fortpflanzung

Homologe und heterologe Insemination - homologe und heterologe In-vitro-Fertilisation - Eispende - Embryospende - homologer und heterologer Embryotransfer - Ersatz- und Leihmutterschaft - Klonen

6. Allgemeine Wirkungen des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kind

Name der Eltern, Vorname und Familienname des Kindes, Namenserteilung und Namensänderung - Staatsangehörigkeit - Wohnsitz - Dienstleistungspflicht des Kindes in Geschäft und Haushalt der Eltern - Schenkungsvermutung und Ausstattung

7. Die elterliche Sorge

Begriff und inhaltliche Ausgestaltung in Privat- und Verfassungsrecht - Kindeswohlprinzip und Elternverantwortung - Erwerb der elterlichen Sorge kraft Gesetzes, durch Erklärung oder aufgrund gerichtlicher Entscheidung - gemeinsame Sorge - Alleinsorge, Beistandschaft - Einschränkung der elterlichen Sorge durch Heirat des Kindes - staatliche Unterstützung der Sorgeberechtigten durch Familiengericht und Jugendamt - Versagen der Eltern, Maßnahmen des Familiengerichts, Grundsätze des geringst möglichen Eingriffs und der Verhältnismäßigkeit - Familienpflege - Unterbringung des Kindes mit Freiheitsentzug - Sorgerecht nach Trennung oder Scheidung - Änderung, Ruhen und Beendigung der elterlichen Sorge - Sorgebefugnisse von Bezugspersonen

8. Die gesetzliche Vertretung

Begriff - Gesamt- und Alleinvertretung - Grenzen der elterlichen Vertretung, Interessenkollisionen, Inlichgeschäfte, Vertretungsverbote - Gesetz zur Beschränkung der Haftung Minderjähriger - genehmigungsbedürftige Rechtsgeschäfte - Verhinderung der Vertretungsbefugten - Entzug der Vertretungsmacht

9. Die Vermögenssorge

Begriff und Inhalt - Fremdnützigkeit - Verwaltungsanordnungen des Zuwenders - Gefährdung des Kindesvermögens

10. Ansprüche zwischen Eltern und Kind

Umgangs-, Auskunfts- und Herausgaberecht - Haftungsfragen

11. Kindschaftsrecht und internationales Privatrecht

Zuständigkeit deutscher Gerichte, Anwendung deutschen oder internationalen Rechts, ordre public - staatsvertragliche Regelungen, Minderjährigenschutzabkommen, Sorgerechtsübereinkommenausführungsgesetz, die Haager Übereinkommen

12. Adoption Minderjähriger

Problemeinführung und Rechtsquellen - allgemeine Adoptionsvoraussetzungen - Adoptionspflege, Einwilligungserfordernisse, Wirkung der Einwilligung eines Elternteils - Adoptionsverfahren, Aufgaben und Beteiligung der Adoptionsvermittlungsstelle - Rechtsfolgen der Adoption - Schutz des Adoptionsgeheimnisses - Aufhebung der Adoption

13. Adoption Volljähriger

Adoptionsvoraussetzungen - Rechtsfolgen der Adoption - Aufhebung der Adoption

14. Die Ehe

Begriff und Rechtsnatur - Verlöbnis - Grundsatz der obligatorischen Zivilehe - Eheschließungserfordernisse, Nichtehe, Eheverbote, Eheschließungshandlung, Funktion des Standesbeamten

15. Die fehlerhafte Ehe

Die Tatbestände der aufhebbarer Ehe - Aufhebungsverfahren - Aufhebungsfolgen - Heilung aufhebbarer Ehen - Wiederheirat nach Todeserklärung

16. Die allgemeinen Rechtswirkungen der Ehe

Die eheliche Lebensgemeinschaft - Ehe- und Familienname - Wohnsitz - Staatsangehörigkeit - Mitbenutzung von Hausrat und Wohnung - Eheschutz, Herstellungs-, Schadensersatz-, Beseitigungs- und Unterlassungsklage - Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit - Mitarbeitspflicht und Ehegattenarbeitsverhältnisse

17. Das Vermögen der Ehegatten

Vermögensrechtliche Ehwirkungen - Eigentumsvermutungen - Gesamtschuldner- und Gesamtgläubigerausgleich - Haftung und Haftungsmaßstab - Schadensersatzansprüche mittelbar Geschädigter - Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs der Familie - Ausschluss, Beschränkung und Ruhen der „Schlüsselgewalt“ - das Güterrechtsregister

18. Ehegatten - und Familienunterhalt

Allgemeine Unterhaltsgrundsätze und Besonderheiten beim Unterhalt bei intakter Ehe - Folgen der Unterhaltspflichtverletzung - gesetzlicher Übergang des Unterhaltsanspruchs auf den Träger der Sozialhilfe

19. Die gerichtliche Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen zwischen Ehegatten

Grundzüge des Familienprozessrechts unter besonderer Beachtung des ehelichen Unterhaltsrechts - Ehe- und Familiensachen, Familienstreitsachen - Anwaltszwang - Leistungs- und Stufenantrag - Auskunftsanspruch - einstweiliger Rechtsschutz - Abänderungsantrag und negative Feststellung - Abgrenzung der Rechtsschutzmöglichkeiten bei den einzelnen Vollstreckungstiteln

20. Getrenntleben und Beendigungstatbestände der Ehe

Begriff und Rechtswirkungen des Getrenntlebens - Unterhaltsanspruch - die unterhaltsrechtlichen Leitlinien der Oberlandesgerichte - Verteilung des Hausrats und Regelungen bzgl. der ehelichen Wohnung - sonstige vermögensrechtliche Konsequenzen

21. Die Ehescheidung

Scheidungsmonopol des Staates - Scheidungsgründe - Zerrüttungsprinzip und Zerrüttungsvermutungen - Härteklausel - Scheidungsfolgen

22. Besonderheiten des Scheidungsverfahrens

Zuständigkeit des Familiengerichts - Nichtöffentlichkeit - Prozessfähigkeit auch des beschränkt geschäftsfähigen Ehegatten - Anwaltszwang - Abweichungen vom normalen ZPO-Verfahren - eingeschränkter Dispositions- und Untersuchungsgrundsatz - einstweilige Anordnung - Begriff des Scheidungsverbundverfahrens - Einleitung des Scheidungsverfahrens durch Antrag statt durch Klage - Beweis der Scheidungsvoraussetzungen - Säumnisverfahren - Scheidung durch Beschluss, Rechtsmittel, Rechtskraft - Erledigung der Hauptsache bei Tod eines Ehegatten

23. Das Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (LPartG)

Begründung und Wirkungen der Lebenspartnerschaft - Getrenntleben der Lebenspartner - Aufhebung der Lebenspartnerschaft

24. Das Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen

Gerichtliche Maßnahmen - einstweiliger Rechtsschutz

25. Verwandtenunterhalt

Bedürftigkeit - Leistungsfähigkeit - Umfang - Mehrzahl von Unterhaltsberechtigten und -verpflichteten - Besonderheiten bei der Unterhaltsgewährung zwischen Eltern und Kindern

26. Verfahrensrechtliche Durchsetzung des Kindesunterhalts

Bestimmungsrecht der Eltern über die Art der Unterhaltsgewährung - Unterhaltsanspruch minderjähriger Kinder bei Getrenntleben der Eltern - Dynamisierung des Unterhaltsanspruchs, Anrechnung kindbezogener Leistungen - Titulierung des Anspruchs - vereinfachtes Verfahren zur Festsetzung von Kindesunterhalt - Abänderung von Unterhaltstiteln

27. Einführung in das allgemeine Verfahrensrecht des FamFG und Besonderheiten in Familien-, Betreuungs- und betreuungsrechtlichen Zuweisungssachen

Grundzüge des FamFG-Verfahrens - Verfahrensarten - Beteiligte - Ermittlung von Amts wegen - Grundsätze der Verfahrensleitung: Hinweispflichten, Anhörungen - gerichtliche Entscheidungen: Inhalt, Bekanntgabe, Abänderbarkeit - Rechtsmittel und Rechtsbehelfe - Begriff der Familien- und Kindschafts- und Betreuungssachen - Zuständigkeit des Familien- und Betreuungsgerichts - Verfahrensbeistand und Verfahrenspfleger - Besonderheiten bei der Anhörung - Besonderheiten bei der Bekanntgabe von Entscheidungen

28. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft

Erscheinungsformen - Begriffsbestimmung und Rechtsnatur, negative Eheschließungsfreiheit - Rechtsbeziehungen der nichtehelichen Partner zueinander, zu Dritten und zum Staat - Verhältnis der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zu ihren gemeinsamen Kindern - rechtliche Konsequenzen bei Auflösung durch Trennung oder Tod

29. Die Güterstände des Bürgerlichen Gesetzbuches

Die Güterstände des BGB im Überblick - kurze Darstellung der historischen Entwicklung des Güterrechts - Übergangsvorschriften EGBGB, GleichberG, VF Güterstandsgesetz, Hinweise auf das FGB - DDR und das IPR

30. Der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft

Die Vermögensmassen der Zugewinnngemeinschaft einschließlich der Besonderheiten beim Hausrat - Vermögensverwaltung - Grundsatz der selbständigen Vermögensverwaltung - Einschränkung der Verfügungsmacht der Ehegatten, Verfügung eines Ehegatten über das Vermögen im Ganzen, Verfügung eines Ehegatten über Haushaltsgegenstände, Rechtsfolgen dieser Verfügung, Zustimmung durch den anderen Ehegatten, Ersetzung der Zustimmung durch das Vormundschaftsgericht

31. Beendigung der Zugewinnngemeinschaft zu Lebzeiten der Ehegatten

Beendigungstatbestände: Scheidung der Ehe, rechtskräftiges Urteil auf vorzeitigen Zugewinnausgleich, Abschluss eines Ehevertrages, rechtskräftige Aufhebung der Ehe - Ausgleich des Zugewinns, Bestimmung des Anfangsvermögens / Endvermögens, Zugewinn, Beispiele zur Berechnung des Ausgleichsanspruchs - Erfüllung des

Ausgleichsanspruchs, Einrede der groben Unbilligkeit, Stundung der Ausgleichsforderung, Übertragung von Gegenständen - Auflösung der Zugewinnngemeinschaft durch Tod eines Ehegatten

32. Die Gütertrennung

Die Gütertrennung als subsidiärer Güterstand - die Gütertrennung als vertraglicher Güterstand

33. Die Gütergemeinschaft

Vertraglicher Güterstand - die Vermögensmassen der Gütergemeinschaft - die Verwaltung und das Verfügungsrecht über die Vermögensmassen (einschließlich der Einschränkung der Verfügungsmacht und der Schuldenhaftung) - Beendigung der Gütergemeinschaft - Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft - die fortgesetzte Gütergemeinschaft

34. Der Ehevertrag

35. Das Güterrechtsregister

Das Eintragungsverfahren - eintragungsfähige Tatsachen - Wirkungen der Eintragung

36. Anordnung der Vormundschaft

Begriff - Anordnung der Vormundschaft: Voraussetzungen, Zuständigkeit - Bestellung des Vormundes, Auswahl, Berufung zum Vormund, Untauglichkeit, Übernahmepflicht, Rechtsbehelfe gegen die Auswahl, Verpflichtung des Vormundes, Bestallungsurkunde - Mitvormund - Gegenvormund - befreite Vormundschaft - Amtsvormundschaft des Jugendamtes - Vereinsvormundschaft - Eilmaßnahmen des Vormundschaftsgerichts

37. Rechtsstellung des Vormundes

Elterliche Sorge als Vorbild, Personensorge, Vermögenssorge, gesetzliche Vertretung - Haftung des Vormundes - im Vergleich dazu: Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen des Vormundschaftsrichters / -rechtspflegers, Regress nach Beamtenrecht

38. Aufgaben des Vormundes im Bereich der Vermögenssorge

Inbesitznahme des Vermögens - Vermögensverzeichnis - Fremdnützigkeit - Geldanlage: Grundsatz der wirtschaftlichen Vermögensverwaltung, verzinsliche Anlegung, mündelsichere Anlageformen, andersartige Anlegung - Verwaltung von Wertpapieren

im Mündelvermögen - Verfügung des Vormundes über Geldanlagen, Sperrvermerk, Genehmigung des Vormundschaftsgerichts - allgemeine Ermächtigung nach § 1825 BGB

39. Aufsicht des Gerichts

Grundsatz der selbständigen Führung der Vormundschaft, Unterstützung und Beratung in Ermessensfragen - Berichtspflicht - Rechnungslegung: Häufigkeit, Prüfung der Rechnungslegung durch das Gericht - Eingreifen bei Pflichtwidrigkeiten, Prüfung und Feststellung von Pflichtwidrigkeiten, Maßnahmen des Gerichts, insb. Gebote und Verbote, Zwangsgeld, Entlassung des Vormunds - allgemeine Ermächtigung nach § 1817 BGB

40. Beendigung der Vormundschaft

Beendigung kraft Gesetzes - Beendigung durch Aufhebung - Beendigung des Amtes, Entlassung des Vormundes - Abwicklungspflichten: Schlussrechnung, Rückgabe der Bestallungsurkunde, Vermögensherausgabe, Entlastung

41. Gerichtliche Genehmigung

Wesen der familiengerichtlichen Genehmigung - Innen- / Außengenehmigung - Genehmigung für einseitige / zweiseitige Rechtsgeschäfte - Vor- / Nachgenehmigung

42. Verfahren zur Erlangung der Genehmigung

Zuständigkeit - Umfang der Prüfungspflicht - Negativattest, Zweck, Wirkungen - Genehmigungsfähigkeit, „Kindeswohl“, Amtsermittlung, Anhörungspflichten - Erteilung der gerichtlichen Genehmigung, Rechtskraft, Zugang an den Vormund, Genehmigung unter Auflage / Bedingung, Genehmigung zu abweichenden Vertragsbedingungen - Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts bei einseitigen / zweiseitigen Rechtsgeschäften - das zu beachtende Verfahrensrecht

43. Genehmigung für Grundstücksgeschäfte

Bestellung eines dinglichen Rechts - Kreditaufnahme und dingliche Sicherung am Mündelgrundstück - Verfügung über ein Grundstück durch Belastung - Löschung eines Eigentümerrechtes - gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Schuldner - Verkauf und Übereignung eines Mündelgrundstücks - Genehmigung von Verfügungs- und Verpflichtungsgeschäft - Angemessenheit des Kaufpreises - Ermittlung von Grundstückswerten - Nachweis der gerichtlichen Genehmigung gegenüber dem

Grundbuchgericht - Doppelvollmacht des Notars - Erwerb eines Grundstücks - entgeltlicher / unentgeltlicher Erwerb - Elternschenkungen - unentgeltlicher Erwerb unter gleichzeitiger Belastung des Grundstücks - Erwerb unter Übernahme von Belastungen - Restkaufgeldhypothek - Verfügung über den Auflassungsanspruch

44. Gerichtliche Genehmigung für andere Rechtsgeschäfte

Exemplarische Erörterung einzelner Tatbestände aus dem Katalog der „sonstigen Rechtsgeschäfte“ - Lehr-, Dienst- oder Arbeitsvertrag des Mündels - Beteiligung an Handelsgesellschaften - Ausschlagung einer Erbschaft - Verzicht auf den Pflichtteil - Sparverträge - Versicherungsverträge - Miet- oder Pachtverträge - gerichtlicher Unterhaltsvergleich

45. Pflegschaft

Arten der Pflegschaft - Wesen: Personenpflegschaften, Sachpflegschaften - Abgrenzung zur Vormundschaft und Betreuung - Anwendbarkeit der Vorschriften über die Vormundschaft - Beendigung der Pflegschaft

46. Einführung in das Betreuungsrecht

Ziele des Betreuungsrechts - Voraussetzungen für die Bestellung eines Betreuers - Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

47. Rechtsfolgen der Betreuerbestellung

Der Betreuer als Vertreter des Betreuten in außergerichtlichen und gerichtlichen Angelegenheiten - Auswirkungen der Betreuerbestellung auf die Handlungsfähigkeit des Betreuten, Einwilligungsvorbehalt

48. Rechte und Pflichten des Betreuers

Aufgaben und Befugnisse des Betreuers - Einschränkung der Vertretungsmacht, gerichtliche Genehmigungen - Pflichten gegenüber dem Betreuten, Haftung bei Pflichtverletzung auch gegenüber Dritten - Pflichten des Betreuers gegenüber dem Betreuungsgericht, Aufsicht über Betreuer: Rechnungslegung, Berichtspflicht, Geldanlage, „befreite Betreuung“

49. Ärztliche Maßnahmen und freiheitsentziehende Unterbringung

Befugnisse des Betreuers bei ärztlichen Maßnahmen, gerichtliche Genehmigung - Sterilisation - Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen, öffentlich-rechtliche Unterbringung - Anwendung von Zwang auch in anderen Bereichen der Betreuer Tätigkeit

50. Verfahren zur Bestellung von Betreuern

Zuständigkeiten - Gang des Verfahrens: Verfahrenspfleger, Anhörungs- und Beteiligungsrechte, Betreuungsbehörde - Vereins- und Behördenbetreuer, Vereins- und Behördenbetreuung - Mehrheit von Betreuern - Bekanntmachung und Wirksamkeit von Entscheidungen, Rechtsmittel

51. Maßnahmen des Betreuungsgerichts vor und nach Bestellung eines Betreuers

Vorläufige Maßnahmen des Betreuungsgerichts - Verpflichtung des Betreuers, Einführungsgespräch - Aufhebung und Verlängerung der Betreuerbestellung - Entlassung von Betreuern, Zuständigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers bei der Entlassung und Neubestellung eines Betreuers, Abwicklungspflichten des Betreuers

52. Auslagen und Vergütung des Betreuers

Aufwendungsersatz, Aufwandsentschädigung und Vergütung des „ehrenamtlichen Betreuers“ - Berufsbetreuer - Vergütung des Berufsbetreuers, Entstehung des Anspruchs, Höhe, Umfang - Ersatz aus der Staatskasse, Begriff der Mittellosigkeit, Festsetzung gegen die Staatskasse - Besonderheiten bei Vereins- / Behördenbetreuern, Verein / Behörde als Betreuer

Grundbuchwesen

Vorbemerkung

Im 2. Studienabschnitt sollen den Studierenden die für die Tätigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers im Grundbuchamt notwendigen Grundkenntnisse vermittelt werden, damit die anschließende berufspraktische Ausbildung möglichst effektiv genutzt werden kann. Dazu soll den Studierenden Überblick verschafft werden über die für den Grundstücksverkehr und die Gestaltung der dinglichen Rechtsverhältnisse an Grundstücken bedeutsamen Prinzipien, Regelungen und Institute des Sachenrechts im Rahmen der Gesamtrechtsordnung, insbesondere unter Einschluss der zugrundeliegenden Kausalverhältnisse. Die für das Grundbuchverfahren und die Grundbuchführung maßgeblichen Verfahrensmaximen und -regeln sollen nicht nur kennen gelernt, sondern durch stete Einübung möglichst verfügbares Methodenwissen der Studierenden werden.

Bloße abstrakte Wissensvermittlung ist zu vermeiden. Stattdessen sollen die Lehrveranstaltungen ihren wissenschaftlichen Inhalt in der Regel aus typischen Lebenssachverhalten entwickeln, welche die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der daran Beteiligten als auch die Möglichkeiten und Grenzen der rechtlichen Realisierung aufzeigen. Die Lehrgegenstände sollen in der Regel so behandelt werden, dass die formellrechtlichen Belange im unmittelbaren Zusammenhang mit der materiellen Rechtslage erörtert werden. Damit die Studierenden ein möglichst anschauliches Bild von der Gestaltung und Funktion des Grundbuches erhalten und bereits Erfahrungen in der praktischen Umsetzung der inhaltlichen Probleme gewinnen, soll den Studierenden möglichst oft Gelegenheit für arbeitstechnische Übungen geboten werden; dabei sind die kostenrechtlichen Fragen im Überblick mit einzubeziehen, die ausführliche Behandlung dieses Bereiches bleibt jedoch der berufspraktischen Ausbildung vorbehalten.

1. Eigentum und Besitz

Gesetzliche Grundlagen: Sachenrecht, Verfahrensrecht - Begriff der Sache, Abgrenzung bewegliche, unbewegliche Sachen

Eigentumsübergang einer beweglichen Sache auf der Grundlage eines Kaufvertrages - Grundsatz von Einigung und Übergabe - Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft, Forderungs- und Sachenrecht - Abstraktionsprinzip, Fehlerunabhängigkeit
Kurze Gegenüberstellung der Übereignung einer beweglichen Sache zur Übereignung eines Grundstücks auf der Basis eines Kaufvertrages - Grundsatz von Einigung und Eintragung - Begriffsdefinition Eigentum, Besitz

2. Publizität der Eigentumsordnung

Vermutungs-, Übertragungs- und Gutgläubenswirkung - Grundbucheintragung, öffentlicher Glaube, gutgläubiger Erwerb eines Grundstücksrechts - Grundbucheinsicht

3. Darlehensvertrag

Darlehensvertrag als Verpflichtungsgeschäft, Übereignung von Geld als Verfügungsgeschäft - Abgrenzung zu anderen schuldrechtlichen Verträgen - Fälligkeiten von Kapital und Zins

4. Hypothek

Sicherung einer Forderung durch Hypothek - persönlicher und dinglicher Anspruch - Entstehung der Hypothek als Buch- oder Briefrecht - Akzessorietät zur Forderung, Eigentümergrundschild

Stellung des Hypothekengläubigers, Zwangsvollstreckung, dinglicher Duldungstitel als Voraussetzung der Verwertung - Gegenüberstellung der Verwertungssituation aus der Hypothek zur Vollstreckung des schuldrechtlichen (Zahlungs-)Anspruchs - Eigentum als umfassendes dingliches Recht, Überblick über die beschränkten dinglichen Rechte

5. Materielles und formelles Konsensprinzip

Materieller Konsens - Bewilligung als Grundlage der Eintragung (formelles Konsensprinzip), Rechtsnatur - Bewilligungsberechtigung - Ausnahme des materiellen Konsensprinzips im Verfahrensrecht bei der Auflassung eines Grundstücks

6. Eintragungsantrag

Sinn und Zweck - Vergleich mit der Einleitung sonstiger Verfahren in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit - Rechtsnatur, Antragsberechtigung, Form und Inhalt - Antrag unter Vorbehalt - Eingangszeitpunkt - Vertretung, Vollmachtsvermutung des Notars - Rücknahme - Gegenüberstellung von Antrag und Bewilligung, der „Gemischte Antrag“ - Rechtsfolgen des Antragsgrundsatzes: Beibringungsgrundsatz, Kosten - gerichtliche Aufklärungspflicht zur Stellung sachgerechter Anträge

7. Prüfungsumfang des Grundbuchamts

Zuständigkeiten, Gesetzesmäßigkeit der Eintragung (Legalitätsprinzip) - Eintragungsvoraussetzungen: Antrag, Bewilligung, dingliche Einigung - Verfahrensfähigkeit - Bewilligungsmacht und -befugnis, Bewilligung oder Auflassung durch Vertreter - vormundschaftsgerichtliche Genehmigung - Eintragungsfähigkeit - Bezeichnung des Grundstücks, Bestimmtheitsgrundsatz - Form der Eintragungsunterlagen: Öffentliche Urkunde, öffentlich beglaubigte Urkunde - Voreintragung des Betroffenen - Anteilsverhältnis mehrerer Berechtigter - Briefvorlage

8. Entscheidungen des Grundbuchamts

Entscheidungspflicht als Folge des Antragsprinzips - Eintragung, Zwischenverfügung und Zurückweisung - typische Fälle der Zurückweisung bzw. Zwischenverfügung, Aufbau und Inhalt - Rangwahrung - Rechtsbehelfe - Aufklärungsverfügung

9. Einrichtung des Grundbuches

Grundbuchverfügung - Real- und Personalfolium - Grundbucheintragungen, Eintragungsverfügungen, Mitteilungspflichten - Bewilligung zur Eintragung einer Hypothek, Hypothekeneintragung, Bezugnahme auf die Bewilligung, Hypothekenbrief - dingliche Unterwerfung

10. Rang der Grundstücksrechte

Entscheidungsreihenfolge, Ränge, Bedeutung des Ranges in der Vollstreckung - die formale Rechtskraft der Eintragung - Rangänderung

11. Vormerkung gem. § 883 BGB

Abhängigkeit vom zu sichernden Anspruch - Prüfungsumfang, Bezeichnung in der Bewilligung - Wirkung der Vormerkung - Vormerkung zur Sicherung des Eigentumsübertragungsanspruchs, Vormerkung zur Rangsisicherung, Umschreibung der Vor-

merkungen - Erlöschen und Aufhebung - bedingte und künftige Ansprüche, Abgrenzung zu „Rechtsbedingungen“ - Sukzessivberechtigung - Abtretung eines mit Vormerkung gesicherten Anspruchs

12. Der Rangvorbehalt

Rechtsnatur, Gegenstand des Vorbehalts, vorbehaltenes Recht, Ausnutzung - Prüfungsumfang - Erlöschen, Aufhebung - Beschränkung auf einmalige Ausübung - Abgrenzung zur Rangsvormerkung

13. Vormerkung und Widerspruch gem. § 18 Abs. 2 GBO

Sinn, Zweck - Rangsvormerkung, existentielle Konkurrenz, Eintragung unter Vorbehalt - Abgrenzung zur Vormerkung gem. § 883 BGB

14. Grundschuld

Akzessorietät der Hypothek - Gegenüberstellung der akzessorischen Bürgschaft zum Schuldanerkenntnis im Vergleich zu Hypothek und Grundschuld - die Sicherungsgrundschuld - die Eigentümergrundschuld - Einreden und Einwendungen gegen Hypothek und Grundschuld

15. Rückzahlung der Hypothekenforderung

Erlöschensgründe von Schuldverhältnissen, Auswirkung auf Hypothek, gesetzliche Übergänge - Vergleich mit entsprechender Sicherung durch Grundschuld - Erlöschensstatbestände der dinglichen Belastung - Aufhebung, Verzicht - Löschungsbevollmächtigung, löschungsfähige Quittung

16. Befriedigung aus dem Grundstück

Zuschlag in der Zwangsversteigerung - Grundbuchverfahren im Fall der Zwangsversteigerung - Ersuchen einer Behörde

17. Löschananspruch

Gesetzlicher Löschananspruch - Löschanvormerkung - Rückgewähranspruch der Grundschuld, Sicherung dieses Anspruchs durch Vormerkung, Abtretung, Verpfändung

18. Rückzahlungsmodalitäten von Darlehensforderungen

Fälligkeits-, Kündigungs- und Tilgungshypothek, Abzahlungshypothek - grundbuchmäßige Behandlung der Tilgungshypothek - Teilrückzahlung, -löschung, Teileigentümergrundschild - Vergleich mit entsprechender Situation bei der Sicherungsgrundschild

19. Sicherungshypotheken

Vergleich Sicherungshypothek/Verkehrshypothek - Zwangssicherungshypothek, grundbuch- und vollstreckungsrechtliche Voraussetzungen, Eigentümerrecht - Bauhandwerkersicherungshypothek - Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Grund einstweiliger Verfügung als Vollstreckungstitel - Umschreibung der Vormerkung - Höchstbetragshypothek - Arresthypothek

20. Übertragung der Grundpfandrechte

Buchrechte - Übertragung von Briefrechten, öffentlicher Glaube, Brief und Unrichtigkeit des Grundbuchs - Teilabtretung, Ränge - Briefbehandlung, Teilbriefbildung - Aufgebotsverfahren

21. Grundstück

Begriff - Amtliches Verzeichnis, Übereinstimmung von Grundbuch und Liegenschaftskataster - Aufgaben des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle - Zerlegung, Verschmelzung - Teilung des Grundstücks - Veräußerung einer nicht vermessenen Teilfläche, Bezeichnung des Grundstücks in der Urkunde, Identitätserklärung gem. § 28 GBO, Teilung von Amts wegen - Belastung eines realen Grundstücksteils - Eigentumsübertragungsvormerkung bei Teilflächenveräußerung

22. Bau- und Bodenrecht

Teilungsgenehmigung - Vorkaufsrecht der Gemeinde - Baulandumlegungsverfahren - Grundstücksenteignung - städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen - Grundstücksverkehrsgesetz

23. Dienstbarkeiten

Grunddienstbarkeit - Belastungsgegenstand - Verdinglichung der Ausübungsstelle - Erlöschen und Aufhebung - Auswirkung von Grundstücksteilungen auf das Recht - Beschränkt persönliche Dienstbarkeit - Abgrenzung zur Grunddienstbarkeit - Wohnungsrecht - Erlöschen und Aufhebung - Nießbrauch - Löschung von zeitlich beschränkten und Lebenszeitrechten

24. Reallast

Wiederkehrende Leistung, Sicherung einer Geldrente - Möglichkeiten der Wertsicherung, Leistungsvorbehalt, Wertsicherungsklauseln - Abgrenzung zur Rentenschuld, Dienstbarkeit - Verwertungsmöglichkeiten, Erlöschen und Aufhebung - landesrechtliche Besonderheiten - Höchstbetrag des Wertersatzes - Altenteil: Begriff - wirtschaftliche Bedeutung - grundbuchmäßige Behandlung - landesrechtliche Besonderheiten

25. Gesamtrechte

Teilung eines mit Grundpfandrechten und Dienstbarkeiten belasteten Grundstücks - materielle und formelle Auswirkungen - Gesamtrechte - Entlassung eines Grundstücks aus der Mithaft, Löschung durch Nichtmitübertragung, Unschädlichkeitszeugnis - Verteilung eines Gesamtrechts - nachträgliche Mitbelastung eines Grundstücks - Zulässigkeit von Gesamtbelastungen

26. Grundstücksverbindungen

Vereinigung - Bestandteilszuschreibung

27. Haftungsumfang der Grundpfandrechte**28. Unrichtigkeit des Grundbuchs**

Grundbuchberichtigungsverfahren - Widerspruch, Abgrenzung zur Vormerkung - Amtswiderspruch, Amtslöschung - Löschung gegenstandsloser Eintragungen

29. Rechtsnachfolge durch Erbgang

Grundbuchmäßige Behandlung: Gesetzliche Erbfolge, Erbfolge auf Grund Verfügung von Todes wegen - Verfügung über Grundstück durch Erbengemeinschaft: Belastung, Veräußerung an Dritte, Veräußerung an Miterben, Umwandlung in Bruchteilsgemeinschaft, Realteilung - Auswirkung der Übertragung eines Miterbenanteils auf

Grundstücksrechte - Übertragung sämtlicher Erbanteile auf einen Miterben, Pfändung und Verpfändung eines Miterbenanteils im Grundbuch - verschiedene Erbengemeinschaften, Untererbengemeinschaften

30. Verfügungsbeschränkungen

Erbrechtliche Verfügungsbeschränkungen im Hinblick auf Grundstücksrechte:

Grundbuchmäßige Behandlung von Testamentsvollstreckung, Nachlassverwaltung, Vor- und Nacherbfolge - entgeltliche und unentgeltliche Verfügungen des Testamentsvollstreckers unter besonderer Beachtung der obergerichtlichen Rechtsprechung - Verfügungen des nicht befreiten bzw. befreiten Vorerben, rechtliche Situation von Eigentümergrundpfandrechten bei Nacherbfolge - sonstige Verfügungsbeschränkungen im Grundbuch - grundbuchmäßige Behandlung von Gesamtvollstreckung, Zwangsversteigerung, -verwaltung - gesetzliche Veräußerungsverbote - nachträgliche Verfügungsbeschränkungen - Erwerbsverbote

31. Besonderheiten bei Bruchteilsgemeinschaften

Benutzungsregelung - Ausschluss der Aufhebung der Gemeinschaft

32. Inhaltsänderung bei Grundstücksrechten

Beschränkte dingliche Rechte - Umwandlung von Grundpfandrechten, Teilung - Zinsänderung bei Grundpfandrechten

33. Vorkaufsrechte

Persönliche und dingliche Vorkaufsrechte - rechtsgeschäftliche und gesetzliche Vorkaufsrechte

34. Pfändung im Grundbuch

Pfändung des Eigentumsverschaffungsanspruchs/Anwartschaftsrechts - grundbuchmäßige Behandlung - Rang der Sicherungshypothek - Rechtsnatur des Anwartschaftsrechts - obergerichtliche Rechtsprechung zum Anwartschaftsrecht bei Grundstücksübergang - Pfändung von Grundpfandrechten

35. Wohnungseigentum

Begriff - Begründung - Gegenstand und Inhalt - Sonder- und Gemeinschaftseigentum - Gemeinschaftsordnung - Veräußerungsbeschränkung - Gebrauchsregelung - Sondernutzungsrechte - grundbuchmäßige Behandlung, auch von bestehenden Belastungen - Verfügungen über das Wohnungseigentum: Veräußerung, Belastungen, Veränderungen

36. Erbbaurecht

Begriff und Inhalt - Begründung - grundbuchmäßige Behandlung - Rang - Bedingungen, Zeitbestimmungen - Gesamterbbaurecht, Untererbbaurecht - Belastungen des Erbbaurechts: Vorkaufsrechte, Grundpfandrechte, Dienstbarkeiten - Erbbauzins, Wertsicherung, Erhöhung des Erbbauzinses - Aufhebung, Erlöschen des Erbbaurechts

37. Besonderheiten zur Auflassung

Auflassung unter Bedingung: Scheidungsverfahren, Widerrufsvergleich, grundbuchmäßige Behandlung, Abgrenzung zu sog. Rechtsbedingungen - Auflassung als Grundstücksvollmacht für den Erwerber - Bevollmächtigung zu Grundstücksbelastungen - Bevollmächtigung zur Unterwerfung gem. § 800 ZPO - Abgrenzung zur Belastung durch Erwerber als Nichtberechtigter - Kettenauflassung

38. Gesellschaften im Grundbuchverfahren

Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Erwerb und Veräußerung, Änderungen im Gesellschafterbestand - Personenhandels- und Kapitalgesellschaften im Grundbuch - Erwerb von Grundstücken im Gründungsstadium einer GmbH - Behandlung des Einzelkaufmanns im Grundbuch - Gütergemeinschaft im Grundbuchverfahren

Grundlagen des Zivilrechts

Vorbemerkung

Die Kenntnis der wichtigsten Grundbegriffe und systematischen Zusammenhänge des Zivilrechts ist für die praktische Arbeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers unerlässlich.

Ziel der Lehrveranstaltung ist es, den Studierenden nahe zu bringen, welche Möglichkeiten das Zivilrecht zur Gestaltung von rechtlichen Beziehungen und zur Konfliktlösung bietet, wobei auch der wirtschaftliche und soziale Hintergrund von Interessenkonflikten sowie die Bedeutung der Wertentscheidungen des Grundgesetzes für die Auslegung zivilrechtlicher Normen zu verdeutlichen sind.

Die Studierenden sollen die Systematik des BGB „Allgemeiner Teil“, „Schuldrecht“ und der wichtigsten Nebengesetze erlernen. Sie sollen befähigt werden, durch Einüben grundlegender Rechtsanwendungstechniken selbständig Sachverhalte zu erfassen und juristisch zu bearbeiten. Dabei ist auch der Bezug des materiellen Rechts zur prozessualen Durchsetzung zu vermitteln, wozu insbesondere Grundkenntnisse der Darlegungs- und Beweislast im Zivilprozess erforderlich sind.

Die einzelnen Lehrinhalte sind als Rahmen für die Lehrveranstaltung zu verstehen, bei dessen Ausfüllung es nicht darum gehen kann, möglichst umfassendes Einzelwissen zur jeweiligen Problematik zu vermitteln. Vielmehr soll exemplarisches Erarbeiten der Strukturen und der Systematik anhand von Lebenssachverhalten der Schwerpunkt sein, um die Studierenden zu befähigen, auch unbekannte Rechtsfragen eigenständig einer sachgerechten Lösung zuzuführen.

1. Einführung in das Lehrgebiet Grundlagen des Zivilrechts

Begriff und Funktion des Privatrechts - allgemeines Privatrecht und Sonderprivatrecht - Privatrecht als Teil der Gesamtrechtsordnung - Entstehen und Erscheinungsformen von Rechtsnormen - Entstehungsgeschichte, Grundgedanken und Gliederung des Bürgerlichen Gesetzbuches

2. Rechtsgeschäfte

Rechtsgeschäfte als Mittel autonomer Gestaltung der Lebensverhältnisse - Überblick über die Arten von Rechtsgeschäften - Zustandekommen von Verträgen, Angebot und Annahme als Willenserklärung, der äußere und innere Tatbestand von Willenserklärungen, Abgabe und Zugang, Bindungswirkung und Erlöschen des Angebots - Willensmängel, Dissens, Anfechtung von Willenserklärungen und ihre Folgen - Auslegung von Willenserklärungen und Verträgen - Abstraktionsprinzip

3. Rechts- und Geschäftsfähigkeit

Rechtsfähigkeit natürlicher und juristischer Personen, Rechtsstellung des „nasciturus“ - Geschäftsfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit - Beteiligung beschränkt Geschäftsfähiger an einseitigen und mehrseitigen Rechtsgeschäften - geschäftsähnliche Handlungen beschränkt Geschäftsfähiger, Erfüllung gegenüber beschränkt Geschäftsfähigen - Partei-, Prozess- und Postulationsfähigkeit

4. Stellvertretung

Voraussetzung wirksamer Stellvertretung bei der Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen - Vertretungsmacht aufgrund Gesetzes und Rechtsgeschäfts - Vollmacht, Erteilung und Erlöschen, Arten und Umfang von Vollmachten, Duldungs- und Anscheinsvollmacht - Beschränkungen des Vertreters beim Selbstkontrahieren - Rechtsfolgen des Fehlens bzw. Überschreitens und des Missbrauchs der Vertretungsmacht

5. Formbedürftigkeit von Rechtsgeschäften

Arten gesetzlicher Formerfordernisse und deren Funktion - gesetzliche und gewillkürte Schriftform, elektronische Form, Textform, notarielle Beurkundung, öffentliche Beglaubigung - Voraussetzung der Einhaltung der Form - Heilung von Formmängeln,

Formnichtigkeit, Formverstöße und der Grundsatz von Treu und Glauben - Stellvertretung bei formbedürftigen Rechtsgeschäften

6. Vertragsfreiheit und ihre Grenzen

Abschluss- und Gestaltungsfreiheit - Einschränkungen der Vertragsfreiheit durch zwingendes Recht, verbots- und sittenwidrige Rechtsgeschäfte, Veräußerungsverbote - Formen der Unwirksamkeit von Rechtsgeschäften, Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung nichtiger Rechtsgeschäfte

7. Eigentum und Besitz

Begriff, Inhalt und Formen von Eigentum und Besitz - rechtsgeschäftlicher Erwerb des Eigentums an beweglichen Sachen, originärer Eigentumserwerb - Schutz von Eigentum und Besitz im Überblick, insbesondere der Herausgabeanspruch des Eigentümers, Besitzschutzansprüche bei verbotener Eigenmacht, Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche

8. Bereicherungsrecht

Funktion des Bereicherungsrechts - Tatbestände der Leistungs- und Nichtleistungskondition, Verfügung Nichtberechtigter - Inhalt und Umfang des Bereicherungsanspruchs, Wegfall der Bereicherung, verschärfte Haftung bei Bösgläubigkeit - Ausschluss des Bereicherungsanspruchs

9. Erlöschen von Schuldverhältnissen

Erfüllung, Annahme an Erfüllungs Statt und erfüllungshalber - Leistung unter Beteiligung eines Kreditinstitutes - Hinterlegung, Aufrechnung, Erlassvertrag, Aufhebungsvertrag und Zeitablauf - Wirkung von Kündigung und Rücktritt

10. Verjährung und Verwirkung

Verjährung als Leistungsverweigerungsrecht - Verjährungsfristen, Hemmung und Neubeginn der Verjährung - Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Verwirkung

11. Gläubiger- und Schuldnermehrheit

Teilgläubiger, Gesamtgläubiger, Mitgläubiger - Aktivlegitimation und Prozessführungsbefugnis - Teilschuld und Gesamtschuld, Außen- und Innenverhältnis

12. Wechsel von Gläubigern und Schuldern

Abtretung von Forderungen und gesetzlicher Forderungsübergang, Stellung des neuen Gläubigers und Schuldnerschutz - Schuldübernahme, Erfüllungsübernahme - Vermögens- und Vertragsübernahme

13. Haupt- und Nebenpflichten aus Rechtsgeschäften am Beispiel des Kaufvertrages, Übersicht über das System der Leistungsstörungen

Einrede des nichterfüllten Vertrages und allgemeines Zurückbehaltungsrecht - Schuldner- und Gläubigerverzug - Schadensersatz wegen Pflichtverletzung aus Schuldverhältnissen, Schadensersatz und Schadensersatz statt der Leistung - Gewährleistungsansprüche beim Kauf, Nacherfüllung, Rücktritt, Minderung, Aufwendungsersatz, Schadensersatz, gesetzlicher und vertraglicher Gewährleistungsausschluss

14. Deliktsrecht

Grundtatbestände der Verschuldenshaftung, Verletzung von Verkehrssicherungspflichten - Sondertatbestände der Verschuldenshaftung, Haftung für den Verrichtungsgehilfen, Abgrenzung zur Haftung für den Erfüllungsgehilfen - Gefährdungshaftung, Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz und dem Straßenverkehrsgesetz - Begriff des Schadens, Schadensarten, Kausalität, Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruches, Schmerzensgeld, Mitverschulden

15. Eigentumsvorbehalt, Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung

Wirtschaftliche Bedeutung, Hinweis auf die Bestellung eines Pfandrechts an Sachen und Rechten - Eigentumsvorbehalt, Bedingung, Befristung, Auflage, schuld- und sachenrechtliche Wirkungen des Eigentumsvorbehalts, Arten des Eigentumsvorbehalts, verlängerter Eigentumsvorbehalt und Globalzession - Anwartschaftsrecht, Übertragung des Anwartschaftsrechtes, Schutz des Anwartschaftsberechtigten - Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung als Verfügungsgeschäft, Darlehensvertrag, Bedeutung des Sicherungsvertrages, Rechtsstellung von Sicherungsnehmer und Sicherungsgeber, Verwertung des Sicherungsgutes

16. Schuldanerkenntnis / Vergleich

Konstitutives und deklaratorisches Schuldanerkenntnis - Vergleich, Rechtsnatur des Prozessvergleichs, Unwirksamkeit von Vergleichen - Störung der Geschäftsgrundlage

17. Verbraucherschutz im Vertragsrecht

Widerrufs- und Rückgaberecht bei Verbraucherverträgen - Haustürgeschäfte und Fernabsatzverträge - Darlehen, Verbraucherdarlehen, Teilzahlungs- und Ratenlieferungsverträge - Schutz gegenüber dem Verwender allgemeiner Geschäftsbedingungen

18. Auftrag / Geschäftsführung ohne Auftrag

Rechte und Pflichten der Vertragsparteien beim Auftrag - berechtigte und unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag, Rechtsfolgen

19. Mietrecht

Haupt- und Nebenpflichten bei Mietverträgen über Wohnraum, Grenze der Vertragsfreiheit beim Mietzins und bei Formularverträgen - Folgen der Verletzung vertraglicher Pflichten - Beendigung von Wohnraummietverhältnissen, Mieterschutz - Mieterhöhung bei Wohnraummietverhältnissen - Leasing, Arten des Leasings, wirtschaftliche Bedeutung von Leasingverträgen

20. Werk- und Werklieferungsvertrag

Haupt- und Nebenpflichten - Rechtsfolgen bei Verletzung vertraglicher Pflichten insbesondere Gewährleistungsansprüche, abweichende vertragliche Vereinbarungen - Unternehmerpfandrecht - Überblick über das Reisevertragsrecht

21. Arbeitsvertragsrecht

Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis - die Bedeutung von Tarifverträgen für das Arbeitsverhältnis - Beendigung von Arbeitsverhältnissen und Kündigungsschutz - Arbeitsgerichtsbarkeit

Kostenfestsetzungswesen

Vorbemerkung

Die Veranstaltungen dieses Lehrgebiets sollen den Studierenden das Aufgabengebiet einer Rechtspflegerin oder eines Rechtspflegers in Kostenfestsetzungsverfahren nahe bringen.

Dabei wird insbesondere auf die Festsetzungsarten im Zivilprozess, aber in Grundzügen auch in Familien- und Strafsachen eingegangen.

Ziel der Lehrveranstaltungen ist es dennoch, die Studierenden in die Lage zu versetzen, die Kostenfestsetzungsangelegenheiten in der Praxis weitgehend selbständig zu bearbeiten.

Da die Inhalte der Kostenfestsetzung umfangreich sind, beschränkt sich der Unterricht inhaltlich auf das Wesentliche.

1. Anwaltsvergütung

Vergütungsanspruch - Gegenstandswert - Angelegenheit - Gebühren und Auslagen in den verschiedenen Rechtszügen unter Einbeziehung der Besonderheiten, wie z.B. bei vorangegangenem Mahnverfahren, Einigung, Streitgenossenschaft - Fälligkeit - Verjährung

2. Kostenfestsetzung gegen den Prozessgegner

Rechtliches Gehör - Festsetzungsbeschluss - vereinfachte Kostenfestsetzung - Verzinsung - Vorsteuerabzugsberechtigung - Bekanntmachung des Beschlusses - Beschwerde, Erinnerung, Verfahren - Behandlung eines nach Abschluss der Vorinstanz bereits erlassenen Beschlusses nach Aufhebung der Kostengrundentscheidung in höherer Instanz - Rückfestsetzung

3. Vergütungsfestsetzung nach § 11 RVG**4. Kostenfestsetzung bei Verteilung nach Quoten nach § 106 ZPO****5. Erstattungsfähigkeit von Kosten**

Mehrere Anwälte, wie Terminsvertreter, Verkehrsanwalt - Reisekosten des Rechtsanwalts und der Partei - Anwendung des JVEG - Auslagen

6. Prozesskostenhilfe des beigeordneten Rechtsanwalts

Umfang der Prozesskostenhilfe - Höhe der Vergütung - Erstattungsverfahren

7. Festsetzung der Wahlanwaltskosten gegen den erstattungspflichtigen Gegner zugunsten der obsiegenden Partei und des Rechtsanwalts bei der Prozesskostenhilfe**8. Übergang auf die Staatskasse und Einziehung der Kosten - auch bei Verteilung nach Quoten****9. Besonderheiten in Familiensachen**

Isolierte Verfahren und Verfahrensverbund - Scheidungsfolgenvergleich - Einstweilige Anordnungen - Verfahrenskostenhilfe in Familiensachen

10. Kostenfestsetzung in Strafsachen

Gebühren und Auslagen in den verschiedenen Rechtszügen - Anwendung des § 14 RVG bei den Rahmengebühren - Erstattungsfähigkeit von Gebühren und Auslagen - verschiedene Festsetzungsarten einschließlich der Ansprüche des Pflichtverteidigers gegenüber der Staatskasse, auch bei einem Teilfreispruch

Nachlassrecht

Vorbemerkung

Das Ausbildungsziel für die Lehrveranstaltungen im Lehrgebiet „Nachlassrecht“ besteht darin, den Studierenden die Kenntnis der erbrechtlichen Regelungen und Institutionen für die praktische Tätigkeit des Nachlassgerichts zu verschaffen und dabei auch die systematischen Zusammenhänge mit anderen Rechtsgebieten zu vermitteln. Dabei soll die verfassungsrechtliche Institutionsgarantie des Erbrechts berücksichtigt und seine wirtschaftliche Bedeutung, der sozialpolitische Stellenwert und die Funktion des Erbrechts verdeutlicht werden.

1. Einführung in das Erbrecht

Geschichtlicher Überblick - soziale Bedeutung - politischer Stellenwert

2. Einführung in das Nachlassverfahren

Erbrechtliche Grundprinzipien - die Tätigkeiten der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers beim Nachlassgericht

3. Gesetzliches Erbrecht der Verwandten

Ordnungssystem - Erbfolge nach Stämmen - Repräsentationsprinzip - Eintrittsrecht - Gradualsystem ab der 4. Ordnung

4. Gesetzliches Erbrecht der Ehegatten und eingetragener Lebenspartnerschaften

Erbeil des Ehegatten, Besonderheiten bei Gütertrennung und Zugewinnngemeinschaften - Ausschluss des Ehegattenerbrechts; eingetragene Lebenspartnerschaften

5. Gesetzliche Vermächtnisse

Voraus der Ehegatten - Unterhalt der werdenden Mutter eines Erben

6. Die erbrechtliche Stellung nichteheliche Kinder nach dem NEheIG und dem ErbGleichG

Rechtstellung des nichtehelichen Kindes bis zum 30.6.1970 / nach dem 01.07.1970, Erbersatzanspruch und vorzeitiger Erbausgleich - Gleichstellung aller Abkömmlinge durch das ErbGleichG vom 16.12.1997, Überleitungsregelungen

7. Die erbrechtlichen Besonderheiten bei der Annahme als Kind

Volladoption - Volljährigenadoption - die Übergangsregelung des Art. 12 AdoptG

8. Der Staat als gesetzlicher Erbe

Feststellung des Staatserbrechts - Verfahren des Nachlassgerichts

9. Die Verfügungen von Todes wegen

Testierfähigkeit - Schranken der Testierfreiheit - ordentliche Testamente - außerordentliche Testamente

10. Der Grundsatz der höchstpersönlichen Errichtung

11. Die Methoden der Auslegung von Verfügungen von Todes wegen

Erläuternde Auslegung - ergänzende Auslegung - gesetzliche Auslegungsregeln

12. Die Vor- und Nacherbfolge

Struktur und Erscheinungsformen - Besonderheiten bei der Auslegung - die Rechtsstellung des Vorerben - die Rechtsstellung des Nacherben - Ersatznacherbfolge - der Nacherbvermerk im Grundbuch

13. Das Pflichtteilsrecht

Voraussetzungen und Inhalt - Berechnung des Pflichtteils - Pflichtteilsrestanspruch - Pflichtteilergänzungsanspruch - Berechnung des Pflichtteils bei der Zugewinnsgemeinschaft - Die Anrechnung und Ausgleichung - Beschränkungen und Beschwerden - Stundung des Pflichtteilsanspruchs

14. Die Auflage

Rechtsnatur - Vollziehungsberechtigter - Haftung des Beschwerten

15. Die Vermächtnisse

Die Vermächtnisarten - Leistungsstörungen beim Vermächtnis - Ausschlagung - Haftung des beschwerten Erben oder Vermächtnisnehmers

16. Die Testamentvollstreckung

Die Aufgaben des Testamentvollstreckers - seine rechtliche Stellung - das Testamentvollstreckerzeugnis

17. Der Ersatzerbe**18. Der Erbschein und das Erbscheinsverfahren**

Struktur des Erbscheins - Arten des Erbscheins - Verfahren zur Erlangung des Erbscheins: Antragsberechtigung, Zuständigkeiten, Beteiligte, Feststellung der Tatsachen durch Beschluss, Bekanntgabe des Beschlusses, Rechtsmittel, Kosten

19. Einziehung und Kraftloserklärung des Erbscheins

Der öffentliche Glaube des Erbscheins - die Behandlung des unrichtigen Erbscheins

20. Annahme und Ausschlagung der Erbschaft

Anfall der Erbschaft - Rechtsstellung des vorläufigen Erben - Rechtsnatur der Ausschlagung, Wirkungen - Anfechtung von Ausschlagung und Annahme - die Ausschlagung durch einen minderjährigen Erben - Vererblichkeit des Ausschlagungsrechts

21. Erhöhung und Anwachsung

Begriff - Bedeutung - Abgrenzung zur Ersatzerbschaft

22. Das gemeinschaftliche Testament

Einheitslösung - Trennungslösung - das Prinzip der Wechselbezüglichkeit - die Wiederverheiratungsklausel - die Beseitigung des gemeinschaftlichen Testaments - die Fassung des Erbscheins

23. Der Erbvertrag

Errichtung, Inhalt und Wirkung des Erbvertrages - die Beseitigung des Erbvertrages

24. Widerruf einer letztwilligen Verfügung**25. Unwirksame und anfechtbare Verfügungen von Todes wegen****26. Der Erbverzicht**

Erbverzicht und Abfindung

27. Erbunwürdigkeit**28. Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen**

Pflicht zur Ablieferung von Testamenten - Zwangsmaßnahmen des Nachlassgerichts - die Eröffnung des Testaments - Besonderheiten bei der Eröffnung gemeinschaftlicher Testamente und Erbverträge

29. Die Miterbengemeinschaft

Die Erbengemeinschaft als Gesamthandsgemeinschaft - Rechtsstellung der Miterben - Verfügung über den Anteil am Nachlass, Formbedürftigkeit - Verwaltung des Nachlasses durch die Miterben

30. Die internationale Zuständigkeit des Nachlassgerichts und Grundzüge des internationalen Privatrechts

31. Die Nachlasssicherung

Voraussetzung für das Tätigwerden des Nachlassgerichtes - Maßnahmen zur Sicherung des Nachlasses - die Nachlasspflegschaft, rechtliche Stellung des Nachlasspflegers, Aufsicht durch das Nachlassgericht, Aufwendungsersatz und Vergütung, Aufhebung der Nachlasspflegschaft, Abgrenzung zur Abwesenheitspflegschaft

32. Die Haftung des Erben für Nachlassverbindlichkeiten

Die Arten der Nachlassverbindlichkeit - Grundsatz der unbeschränkten Haftung - die Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung - Inventarerrichtung, Durchführung, Wirkungen - Versicherung des Erben an Eides Statt zu Protokoll des Nachlassgerichts - Aufgebot zur Ausschließung von Nachlassgläubigern

33. Die Nachlassverwaltung

Anordnung der Nachlassverwaltung, Voraussetzungen, Wirkungen - Auswahl des Nachlassverwalters - Rechtsstellung des Nachlassverwalters, Sachpflegschaft - Aufsicht durch das Nachlassgericht - Vergütung - Abgrenzung zum Nachlassinsolvenzverfahren

34. Die Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall

Der Vertrag zu Gunsten Dritter auf den Todesfall - die postmortale Auftragsvollmacht - die Schenkung auf den Todesfall

35. Die Erbschaftsteuer

Die Strukturen des ErbschaftsStG - steuerpflichtiger Erwerb - Steuerklassen - Steuertabelle - die Freibeträge - die Steuerbefreiungen - der Versorgungsfreibetrag - die Steuerpflichten der Nachlassvermögensverwalter - die Aufklärungspflichten des Nachlassgerichts

36. Die Verschollenheit

Todeserklärungs- und Todeszeitfeststellungsverfahren

Staats- und Verfassungsrecht

Vorbemerkung

Das Fach Staats- und Verfassungsrecht vermittelt grundlegende Kenntnisse für die Studierenden wie Organisation und Funktion eines demokratischen Staatswesens.

Die Studierenden erkennen die Einbindung der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers im Gefüge der Staatsgewalten und deren funktionelle Stellung im Rahmen einer unabhängigen Justiz.

Die Studierenden werden mit Grundrechten vertraut gemacht als subjektiv öffentliche Abwehrrechte gegenüber der Staatsgewalt.

Die Bindung der öffentlichen Gewalt an die verfassungsmäßige Grundordnung als notwendigem Element kontrollierten und berechenbaren staatlichen Handelns wird aufgezeigt.

Gesetze und Gesetzgebungsverfahren werden als zentrale Begriffe praktischer Rechtsanwendung dargestellt. Die Studierenden begreifen die Notwendigkeit von Parteien und Wahlen für das Funktionieren einer pluralistischen, rechtsstaatlich orientierten Gesellschaftsordnung.

1. **Grundlage des Staats- und Verfassungsrechts**

Staatsbegriff, 3-Elementenlehre, pluralistisches Gesellschaftssystem - Grundgesetz, Geschichte, Weimarer Reichsverfassung, parlamentarischer Rat, Aufbau des GG, Präambel, Fortgeltung von Reichsrecht - Landesverfassungen, Hessische Landesverfassung, Verfassung des Freistaates Thüringen, Landesverfassungsgerichtsbarkeit

2. **Verfassungsmäßige Grundordnung und Staatsform**

Bedeutung von Verfassungsrecht, Hierarchie der Rechtsnormen, Bundesrecht vor Landesrecht, Homogenitätsprinzip, Abänderbarkeit von Verfassungsrecht, Ewigkeitsklausel, subjektives Verfassungsrecht, Institutionenlehre - Republik, Antike, Monarchie, Staatsoberhaupt auf Zeit - Demokratie, parlamentarische Demokratie, Demoskopie - Sozialstaat, soziale Gerechtigkeit, keine unmittelbare Anspruchsgrundlage, Sicherung der Existenz, Sozialgesetzbuch, sozialer Ausgleich, im Bereich der Justiz: Vollstreckungsschutz, PKH/VKH - Rechtsstaat, Rechtsstaat im materiellen Sinn, Gewaltenteilung, Gesetzmäßigkeit staatlichen Handelns, Vorrang des Gesetzes, Vorbehalt des Gesetzes, Vertrauensschutz, Rechtssicherheit, Bestimmtheitsgebot, Rückwirkungsverbot, Verhältnismäßigkeitsprinzip - Bundesstaat, Föderalismus, Zentralismus, Staatenbund, Bundestreue, Bundeszwang, Bund-Länder-Streitigkeit

3. **Grundrechte**

Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte - Wesen der Grundrechte, Grundrechte als subjektives Abwehrrecht, Institutionenlehre, Geltung der Grundrechte im Privatrecht, Drittwertungslehre, Auslegungsregeln - einzelne Grundrechte, elementare Menschenrechte, Menschenwürde, Freiheit der persönlichen und körperlichen Unversehrtheit, Glaubensfreiheit, Gleichheitsgrundsatz - Bürgerrechte, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Berufsfreiheit, Freizügigkeit, Briefgeheimnis und Unverletzlichkeit der Wohnung, Ehe und Familie, Eigentum und Erbrecht, Inhalt und Schrankenbestimmung, Sozialbindung des Eigentums, Enteignung - Grundrechtsschranken, mittelbare und unmittelbare Schranken, Wechselwirkungstheorie, Vorbehaltsschranken, Art. 19 Abs. 1, 2 GG, Grundrechte im Sonderstatusverhältnis - Justizgrundrechte, gesetzlicher Richter, rechtliches Gehör, Aufklärungspflichten nach ZPO und FamFG, Rechtsschutzgarantie, Freiheitsentzug, Todesstrafe, richterliche Unabhängigkeit

4. Staatsorgane

Bundespräsident, Staatsoberhaupt, Reichspräsident, Repräsentation, Wahl, Zuständigkeiten - Bundestag, Parlament als Träger der Staatsmacht, Aufgaben, Stellung des Abgeordneten, Immunität, Indemnität, Diäten - Bundesrat, Zusammensetzung und Funktion - Bundesregierung, Kanzler, Wahl und Aufgaben, Vertrauensfrage und konstruktives Misstrauensvotum - Minister - Bundesverfassungsgericht, Organisation, BVerfGG, Verfahrensarten, Normenkontrolle, Vorlagerecht der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers, Verfassungsbeschwerde, andere Verfahren

5. Gesetzgebung

Gesetz - Rechtsverordnung, Wesen genereller Regelungen, individuelles Recht - Zuständigkeiten, ausschließliche, konkurrierende Gesetzgebung - Gesetzgebungsverfahren, Einspruchsgesetze, zustimmungsbedürftige Gesetze, Vermittlungsausschuss, Prüfungskompetenz des Bundespräsidenten

6. Parteien und Wahlen

Parteien, Organisation, Parteiprogramme - Wahlen, Wahlgrundsätze, Wahlsysteme, Mehrheitswahl, Verhältniswahl, Mischformen, Bundestagswahl, Bundeswahlgesetz, Zusammensetzung des deutschen Bundestages, Erst-, Zweitstimme, Überhangmandate

7. Europarecht

Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union, Struktur der EU, Rat, Parlament, Kommission, Europäische Menschenrechtskonvention, EuGH, Wirtschafts- und Währungsunion, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Zusammenarbeit von Justiz und Polizei

Strafrecht / Strafprozessrecht / Strafvollstreckungswesen

Vorbemerkung

Die Ausbildung im Strafrecht und Strafprozessrecht ist an den Bedürfnissen der Praxis auszurichten, die Studierenden sind also insbesondere auf den örtlichen Sitzungsdienst und die Antragsaufnahme auf der Rechtsantragstelle vorzubereiten.

Strafverfahrens- einschließlich Rechtsmittelrecht ist auch in Bezug auf die Vollstreckung von Strafen zu vermitteln.

Die Ausbildung im Strafvollstreckungsrecht soll die Studierenden zur Durchführung der Vollstreckung von Strafen und Maßnahmen befähigen.

Ihnen ist exemplarisch an praktischen Beispielen die Methodik der Strafzeitberechnung grundlegend zu vermitteln und dabei sind Vollstreckungsvorgänge anhand verfahrensrechtlicher Vorschriften näher zu bringen.

Sie sollen auch mit den Abläufen der Geldstrafen- und Geldbußenvollstreckung und den sich dabei für die Rechtspflegerin oder den Rechtspfleger ergebenden Einwirkungsmöglichkeiten vertraut gemacht werden.

Bei der Vollstreckung von Maßregeln sollen die Studierenden neben der Entziehung der Fahrerlaubnis vor allem die Unterbringungen, insbesondere im Zuge der Betäubungsmittelkriminalität, kennen und die daraus resultierenden Abläufe bis zur Führungsaufsicht verstehen lernen.

Dabei sollen sie methodisch an die Lösung strafrechtlicher Sachverhalte anhand ausgewählter Tatbestände des Besonderen Teiles und ausgewählter, auf dem dreistufigen Verbrechensbegriff fußender Prüfungsschemata herangeführt werden, die im Gerichtsalltag von besonderem Gewicht sind.

Im Strafverfahrensrecht soll den Studierenden der Gang des Strafverfahrens näher gebracht werden, so dass sie in der Lage sind, die Anklage in der Hauptverhandlung sachdienlich zu vertreten.

Zur Vorbereitung auf die Antragsaufnahme sollen den Studierenden die Grundzüge der verschiedenen Rechtsmittel und Rechtsbehelfe hinsichtlich ihrer Zulässigkeit und Begründetheit vermittelt werden, so dass sie in die Lage versetzt werden, zweckentsprechend zu protokollieren.

1. Einführung in das Strafrecht

Strafrecht in der Praxis der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers - Strafe als ultima ratio in Abgrenzung zu anderen Rechtsfolgen mit sanktionsähnlichem Charakter - Strafzwecke - Garantiefunktion der Strafgesetze - unbefugte Benutzung eines Fahrzeuges - Entziehung elektrischer Energie

2. Die Grundstruktur der Straftat

Unrecht und Schuld - der dreistufige Verbrechensbegriff

3. Handlungslehre**4. Der objektive Tatbestand**

Grundtatbestand - unselbständige Abwandlungen (Qualifizierung / Privilegierung) - selbständige Abwandlungen - alternative Tatbestände - Kausalität und Lehre von der Zurechnung - schlichte Tätigkeitsdelikte und Erfolgsdelikte

5. Der subjektive Tatbestand

Vorsatz und sonstige deliktspezifische subjektive Tatbestandsmerkmale, insbesondere Absichten - Diebstahl - Betrug - Unterschlagung - Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit

6. Rechtswidrigkeit

Rechtswidrigkeit als allgemeines Verbrechensmerkmal in Abgrenzung zur Rechtswidrigkeit als „Tatbestandsmerkmal“ - Nötigung - Notwehr - Notwehrlage - Notwehrhandlung - Notwehrwille - Struktur des rechtfertigenden Notstandes - spezielle Ausprägungen in §§ 228, 904 BGB - Hinweis auf die Struktur des entschuldigenden Notstandes - Einverständnis / Einwilligung - Körperverletzungsdelikte - Amtsrechte

7. Schuld

Schuldprinzip hat Verfassungsrang - Tatschuld und Lebensführungsschuld - die dogmatische Struktur der Schuld - Schuldfähigkeit (Altersstufen, §§ 20, 21 StGB) - actio libera in causa - Vollrausch - Fehlen von Entschuldigungsgründen - Überschreitung der Notwehr - entschuldigender Notstand

8. Der Versuch

Zeitlicher Ablauf der Vorsatzdelikte (Entschluss / Vorbereitung / Versuch / Vollendung / Beendigung) - Abgrenzung Vorbereitung / Versuch - untauglicher Versuch - Rücktritt des Alleintäters - Prüfungsschema

9. Das fahrlässige Begehungsdelikt

§ 15 StGB - unbewusste und bewusste Fahrlässigkeit (Abgrenzung zum bedingten Vorsatz) - Leichtfertigkeit - objektive / subjektive Sorgfaltspflichtverletzung - Voraussehbarkeit / Voraussicht - fahrlässige Körperverletzung - fahrlässige Tötung

10. Das vorsätzliche Unterlassungsdelikt

echte Unterlassungsdelikte - unterlassene Hilfeleistung - unechte Unterlassungsdelikte - § 13 StGB - Abgrenzung Tun / Unterlassen

11. Beteiligung

Abgrenzung Täterschaft / Teilnahme - Mittäterschaft - mittelbare Täterschaft - Nebentäterschaft - Anstiftung - Beihilfe - Abgrenzung mittelbare Täterschaft / Anstiftung und Mittäterschaft / Beihilfe - Raub - Diebstahl im besonders schweren Fall - räuberischer Diebstahl - räuberische Erpressung

12. Irrtumslehre

Tatbestandsirrtum - Verbotsirrtum - Erlaubnisirrtum und Erlaubnistatbestandsirrtum

13. Delikte im Straßenverkehr

Trunkenheit im Straßenverkehr - Straßenverkehrsgefährdung - gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr - Blutalkoholkonzentration - Grundzüge der Berechnung und Rückrechnung auch im Hinblick auf die Schuldfähigkeit - Vollrausch - Grundzüge des Bußgeldverfahrens - unerlaubtes Entfernen vom Unfallort - Nötigung im Straßenverkehr

14. Fahren ohne Fahrerlaubnis nach § 21 StVG

Fahren ohne Fahrerlaubnis - Beschlagnahme des Führerscheins - vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis - Entziehung der Fahrerlaubnis - ausländische Führerscheine

15. Die Konkurrenzen

Gesetzeskonkurrenz - Tateinheit - Tatmehrheit - die nachträgliche Gesamtstrafenbildung nach §§ 55 StGB und 460 StPO - Strafraumen - besondere gesetzliche Minderungsgründe - minder- und besonders schwere Fälle - Geld- und Freiheitsstrafe - Grundsätze der Strafzumessung

16. Einführung in das Strafprozessrecht

Überblick über das Strafverfahren - Straftat - Vorverfahren (Ermittlungsverfahren) - Zwischenverfahren - Hauptverfahren - Vollstreckungsverfahren

17. Die Straftat

Anfangsverdacht - Strafanzeige - Strafantrag - Strafantragsdelikte (insbesondere §§ 247, 248 a StGB) - Beleidigung pp. - Sachbeschädigung pp. - Offizialprinzip - Legalitätsprinzip - Untersuchungsgrundsatz

18. Ermittlungsverfahren

Zuständigkeiten - Zwangsmittel (insbesondere Beschlagnahme, Durchsuchung, Festnahme, Haftbefehl)

19. Abschluss der Ermittlungen

Anklageerhebung - Inhalt der Anklage - erstinstanzliche Zuständigkeiten der Strafgerichte - gesetzliche Richter - örtliche Zuständigkeit - sachliche Zuständigkeit - Geschäftsverteilungsplan - Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO - Klageerzwingungsverfahren

20. Zwischenverfahren**21. Hauptverfahren**

Grundsatz der Öffentlichkeit und Mündlichkeit - Grundsatz der Unmittelbarkeit - die Tat im prozessualen Sinne - Strafklageverbrauch - Nebenklage - notwendige Verteidigung - Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen - äußerer Ablauf der Hauptverhandlung - Beweisaufnahme - Beweismittel - Streng- und Freibeweis - Urteil - Strafaussetzung zur Bewährung - Verwarnung mit Strafvorbehalt - Absehen von Strafe

22. Verfahren zur Beschleunigung und Vereinfachung

Strafbefehlsverfahren - beschleunigtes Verfahren - Privatklageverfahren - Einstellungen aus Opportunitätsgesichtspunkten

23. Rechtsmittel (Beschwerde, Berufung und Revision)

Instanzenzug - Allgemeine Vorschriften - Devolutiveffekt - Suspensiveffekt - Teilanfechtung - Annahme des Rechtsmittels

24. Zulässigkeit der Rechtsmittel

Statthaftigkeit - Beschwer - ordnungsgemäße Einlegung (Adressat / Form / Frist / Begründung) - wirksame Beschränkung

25. Begründetheit der Rechtsmittel

insbesondere relative und absolute Revisionsgründe

26. Grundzüge der Wiederaufnahme des Verfahrens**27. Grundzüge der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand****28. Grundzüge der Rechtsbeschwerde im Ordnungswidrigkeitenverfahren****29. Vollstreckung von Strafen**

Vollstreckungsbehörde - Vollstreckbarkeit - Rechtskraftbescheinigung - urkundliche Grundlagen der Vollstreckung - Vollstreckungsheft - Zuständigkeit der Vollstreckungsbehörde, Amtshilfe, Beschleunigungsvereinbarung - Zuständigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers - Vollstreckungshindernisse - Strafaussetzung zur Bewährung, Bewährungszeit, Auflagen, Weisungen, Bewährungshilfe, Überwachung, Widerruf oder Erlass

30. Vollstreckung von Freiheitsstrafe

Ladung zum Strafantritt - Ladungsfrist und vorübergehender Aufschub - Aufnahmeersuchen - Zwangs- und Fahndungsmaßnahmen, Haft- / Vorführungsbefehl, Steckbrief, Ausschreibung zur Festnahme / Aufenthaltsermittlung, Suchvermerke, Verhältnismäßigkeit der Fahndungsmaßnahmen - Zuständigkeit der Vollzugsbehörde - Vollstreckungspläne - Abweichen vom Vollstreckungsplan

31. Aufschiebung der Vollstreckung

Aufschiebung und Strafunterbrechung bei Vollzugsuntauglichkeit, Voraussetzungen, Zuständigkeit - Unterbrechungsverfahren - Anrechnung von Krankenhausaufenthalt auf die Strafe - Aufschiebung oder Unterbrechung aus Gründen der Vollzugsorganisation - Aufschiebung auf Antrag des Verurteilten

32. Absehen von Vollstreckung

Auslieferung - Ausweisung durch zwangsweise Abschiebung - Abschiebehaft Nachholung der Vollstreckung bei Rückkehr

33. Zurückstellung der Freiheitsstrafvollziehung nach BtMG

Möglichkeit der Zurückstellung - Voraussetzungen für eine Zurückstellung - Dauer der Zurückstellung - stationärer und ambulanter Therapieplatz - Kostenzusage - Verfahren - Zustimmung des Gerichtes - Zusammentreffen mit nicht zurückstellungsfähigen Strafen, Änderung der Vollstreckungsreihenfolge - Entscheidung - Rechtsmittel gegen die Entscheidung - Widerruf der Zurückstellungsentscheidung - Folgen des Widerrufs - Fallbeispiele - Anrechnung der Therapiezeit auf die Strafe - Verfahren - Berechnungsbeispiele

34. Dauer der Strafzeit

Verantwortlichkeit der Vollstreckungsbehörde hinsichtlich der Strafzeit und der Fristen für die bedingte Entlassung - allgemeine Regeln für die Berechnung von Strafzeiten

35. Feststellung des Beginns einer Freiheitsstrafe

Strafbeginn bei Gestellung - bei Verhaftung durch Vollstreckungs- oder Sicherungshaftbefehl - bei Untersuchungshaft in eigener Sache, Rechtskräfteintritt, Doppelanrechnungsverbot - bei Untersuchungshaft in anderer Sache, Überführungsersuchen, Zustimmung des - Anrechnung - Maßnahmen des Ermittlungsrichters

36. Berechnung der Strafzeit

Errechnung des Strafendes - Berücksichtigung von Untersuchungshaft und anderen Freiheitsentziehungen - Methoden zur Feststellung des Zeitpunktes der Aussetzung eines Strafrestes zur Bewährung - Aussetzungsverfahren, Voraussetzungen, Zuständigkeit - Vollstreckungsverfahren bei öffentlicher Zustellung des Widerrufsbeschlusses - Vollstreckung einer Reststrafe bei Strafunterbrechung - Strafzeitberech-

nung bei nachträglicher Gesamtstrafenbildung - Vollstreckung mehrerer Freiheitsstrafen, Anschlussvollstreckung, Reihenfolge, Unterbrechung durch Vollstreckungsbehörde, Besonderheit der Erstverbüßung bei Anschlussvollstreckung - Berechnungsbeispiele

37. Vollstreckung des Fahrverbots

Nebenstrafe oder Folge einer Ordnungswidrigkeit - Verbotsbeginn und Verbotsfristbeginn - Verwahrung des Führerscheins - Berechnung der Frist - Berücksichtigung einer vorläufigen Entziehung der Fahrerlaubnis - Inhaftierung des Betroffenen - Verfahren bei Nichtherausgabe des Führerscheins

38. Vollstreckung von Maßregeln und Nebenfolgen

Entziehung der Fahrerlaubnis - Einziehung des Führerscheins - Unbrauchbarmachung - Dauer der Sperre - Sperrfristberechnung, Einrechnung der vorläufigen Entziehung - Sonderführerscheine - Ausnahmen von der Sperre - Unterbringung im PKH oder in einer Entziehungsanstalt - Unterbringung neben einer Strafe, Reihenfolge - Dauer der Unterbringung - Möglichkeit der Aussetzung zur Bewährung, Prüfungspflicht, Aufgabe der Vollstreckungsbehörde - Verlängerung der Höchstfrist - Besonderheiten bei der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung, Reihenfolge, Prüfung vor Beginn, Dauer, Überprüfung - Führungsaufsicht, Folge der Aussetzung einer Unterbringung, Dauer, Verlängerung - Aufsichtsstelle - Aufgabe der Vollstreckungsbehörde - Ende der Führungsaufsicht durch Zeitablauf oder Widerruf der Bewährung der Unterbringung - Berufsverbot - Voraussetzung, Dauer, Aussetzung, Aufschub, Widerruf und Erledigung - Aufgaben der Vollstreckungsbehörde Nebenfolgen - Voraussetzung, Dauer, Eintritt, Berechnung, Wiederverleihung

39. Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbußen

Einforderung und Beitreibung - Behandlung der Gerichtskosten - Zahlungserleichterungen durch Gericht oder Vollstreckungsbehörde, Absehen von der Vollstreckung der Geldstrafe - Anordnung der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe - freie Arbeit

40. Verfahren bei Einziehung und Verfall eines Gegenstandes

Eigentumsübergang - Bestehenbleiben und Erlöschen von Rechten Dritter - Wegnahme von Gegenständen - eidesstattliche Versicherung - Verwertung - Unbrauchbarmachung - Vernichtung

Zivilprozessrecht

Vorbemerkung

Den Studierenden soll in den Lehrveranstaltungen das Grundwissen auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts vermittelt werden.

Ihnen soll der funktionale Zusammenhang zwischen formellem und materiellem Recht aufgezeigt werden. Sie sollen Einblick in die Organisation und die Zuständigkeiten der Zivilgerichte erhalten.

Es werden Begriffe, Grundsätze, Regelungen und Verfahrensabläufe des Zivilprozesses vermittelt.

Darüber hinaus werden die Studierenden befähigt, als Rechtspflegerin oder Rechtspfleger auf der Rechtsantragstelle Klagen, Anträge und Rechtsbehelfe ordnungsgemäß zu prüfen und sachgerecht zu protokollieren.

Aufgrund der Sachnähe zum Zivilverfahren werden Institute aus dem FamFG - wie die Verfahrenskostenhilfe und das Aufgebotsverfahren - mit behandelt.

1. Grundsätze des Zivilprozessverfahrens

Prozessvoraussetzungen - Zuständigkeiten - Anwalts- und Parteiprozess - Prozessvollmacht - Streitgenossen - Klagearten - Inhalt und Einreichung der Klageschrift - materielle und formelle Wirkungen der Rechtshängigkeit - Widerklage - Aufrechnungsmöglichkeiten

2. Zustellungsverfahren

Parteibetrieb / von Amts wegen - Zustellungsorgane - Zustellungsurkunde und Empfangsbekanntnis - Arten der Zustellung - Heilung von Zustellungsmängeln - Auslandszustellungen

3. Ladungen, Termine und Fristen**4. Beratungshilfe****5. Prozesskostenhilfe unter Hinweis auf Verfahrenskostenhilfe nach dem FamFG****6. Mahnverfahren****7. Prozessmaximen**

Mündlichkeit - Öffentlichkeit - Unmittelbarkeit - Prozessökonomie

8. Erledigung des Rechtsstreits durch streitiges Endurteil**9. Beendigung durch Parteidisposition**

Klagerücknahme - Verzicht und Anerkenntnis - Erledigung der Hauptsache - Vergleich - Versäumnisverfahren

10. Rechtsmittel

Berufung - Revision - Beschwerde

11. Folgen der Rechtskraft

Formelle Rechtskraft - materielle Rechtskraft - verfahrensrechtliche Möglichkeiten der Durchbrechung der Rechtskraft

12. Aufgebotsverfahren nach dem FamFG

13. Schiedsrichterliches Verfahren

14. Einführung in die Gerichtskosten

Zwangsvollstreckungswesen

Vorbemerkung

Den Studierenden sind die für die selbständige Wahrnehmung der Aufgaben der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers im Bereich der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen erforderlichen theoretischen Kenntnisse zu vermitteln.

Dabei sollen sie insbesondere ein fundiertes Wissen über die allgemeinen und besonderen Vollstreckungsvoraussetzungen erwerben und sich in die Aufgaben der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers im Bereich der Zwangsvollstreckung in Forderungen, Herausgabeansprüche und andere Vermögensrechte sowie im Verfahren der eidesstattlichen Versicherung - soweit hier nicht der Gerichtsvollzieher zuständig ist - gründlich einarbeiten.

Ihnen ist ein Überblick über die Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen zu verschaffen. Sie sind weiterhin mit den Vorschriften des Schuldnerschutzes und den einzelnen Rechtsbehelfswegen vertraut zu machen.

Außerdem sollen sie das Arrestverfahren und die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen kennen lernen und befähigt werden, das erlangte Wissen in praktischen Fällen anzuwenden.

1. Die Bedeutung des Vollstreckungswesens für die Rechtsordnung

Unterschied zwischen Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren - die verschiedenen Urteilsarten unter Hinweis auf solche Urteile, die keiner Zwangsvollstreckung bedürfen - vollstreckungsfähiger Inhalt

2. Vollstreckungsarten, Vollstreckungsgegenstände, Vollstreckungsorgane

sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeiten - Vollstreckungsantrag und -auftrag - Ausschluss von Vollstreckungsorganen

3. Die allgemeinen Vollstreckungsvoraussetzungen

vollstreckungsfähige Titel - vollstreckbare Endurteile - Rechtskraft- und Notfristzeugnis - vorläufige Vollstreckbarkeit ohne und mit Sicherheitsleistung - Arten der Sicherheitsleistung - Sicherungsvollstreckung - andere Vollstreckungstitel der ZPO - sonstige Vollstreckungstitel außerhalb der ZPO - Vollstreckungsklausel und namentliche Bezeichnung der Parteien - Verfahren zur Erteilung der einfachen und qualifizierten Vollstreckungsklausel - Zuständigkeiten - Identität der tatsächlichen Parteien und der im Titel bezeichneten Personen - Berichtigung der Klausel ohne Rechtsnachfolge - weitere vollstreckbare Ausfertigungen - Rechtsbehelfe im Klauselerteilungsverfahren inklusive der Klagen - Zustellung - die Zustellung als Vollstreckungsvoraussetzung - Amtszustellung / Parteizustellung

4. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen

Vollstreckungsbeginn - Sicherheitsleistung - Wartefristen - Zug um Zug - Leistung

5. Zwangsvollstreckung gegen die Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Vereine, Personenhandels- und Kapitalgesellschaften, Partnerschaften und Genossenschaften**6. Die Forderungspfändung**

Zuständigkeit - Verfahren - Bewirkung der Pfändung - Bewirkung der Überweisung - Überweisungsarten - Pflichten des Schuldners - die Hilfspfändung - der Drittschuldner - Pflichten des Drittschuldners - vorläufiges Zahlungsverbot - Rechtsbehelfe gegen die Pfändung - Rangfragen - andere Verwertungsarten

7. Pfändung von Arbeitseinkommen wegen gewöhnlicher und privilegierter Forderungen

Begriff des pfändbaren Arbeitseinkommens - Pfändungsfreibeträge - bedingt pfändbare Forderungen - Vorrats- und Dauerpfändung - Pfändung mehrerer Arbeitseinkommen - Anrechnung von Naturalleistungen - Mehrfachpfändung - Pfändung von Sozialleistungen - Verfahren zur Änderung der Freibeträge zugunsten und zulasten des Schuldners - Lohnschiebung und Lohnverschleierung - einmaliges Arbeitseinkommen - Guthabepfändung bei einem Geldinstitut und entsprechende Schuldnerschutzvorschriften

8. Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in Forderungen und andere Vermögensrechte

Pfändung wiederkehrender Leistungen wie Miete / Pacht - Pfändungen gegenüber Versicherungsgesellschaften, Finanzämtern, usw. - Pfändung anderer Vermögensrechte, insbesondere Beteiligungen, unveräußerliche Rechte

9. Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in körperliche Sachen

10. Andere Arten der Verwertung - Antrag auf Aussetzung der Verwertung

11. Das Verteilungsverfahren

Hinterlegungsfälle in der Zwangsvollstreckung - Zusammentreffen von Abtretung und Pfändung - Verfahrensablauf

12. Pfändung von Herausgabeansprüchen hinsichtlich beweglicher Sachen

13. Die Herausgabevollstreckung

Verfahren hinsichtlich beweglicher und unbeweglicher Sachen - Wirkung eines Räumungstitels gegen Dritte - Obdachlosigkeit und die damit verbundenen Pflichten und Möglichkeiten der Ordnungsbehörden - Vollstreckungsschutz gem. § 765 a ZPO

14. Das Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung wegen einer Geldforderung

Verfahrensvoraussetzungen - das Verfahren - Einwendungen und Rechtsbehelfe - wiederholte eidesstattliche Versicherung gem. § 903 ZPO - das Schuldnerverzeichnis

15. Der Arrest

Arrestverfahren - Vollstreckungsorgane - Vollziehungsmöglichkeiten - Vollziehungsfrist - Zustellung - Rechtsbehelfe - Aufhebung des Arrestes - Abgrenzung zur einstweiligen Verfügung - einstweilige Verfügung als Vollstreckungstitel

16. Vollstreckungshindernisse und Vollstreckungsverbote

17. Weitere Rechtsbehelfe im Zwangsvollstreckungsverfahren

Vollstreckungsabwehrklage - Drittwiderspruchsklage - Klage auf vorzugsweise Befriedigung - Einstellungsmöglichkeiten durch das Prozess- und Vollstreckungsgericht - Verwertungshindernis bei Veräußerungsverbot

18. Der Tod des Schuldners

Tod des Schuldners vor und nach Beginn der Zwangsvollstreckung - Zwangsvollstreckung vor und nach Annahme der Erbschaft - Zustellung und Klausel - Nachlasspfleger und besonderer Vertreter - Einreden des Erben - Haftungsvorbehalt - Zwangsvollstreckung bei Testamentsvollstreckung

19. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen

Vertretbare und unvertretbare Handlungen - Vollstreckungsverfahren, Ersatzvornahme, Kostenvorauszahlung, Zwangsgeld und Zwangshaft - die eidesstattliche Versicherung bürgerlichen Rechts - Urteil zur Abgabe einer Willenserklärung - Duldung und Unterlassung - Verfahren zur Erzwingung von Duldungs- und Unterlassungspflichten, Ordnungsgeld und Ordnungshaft, Verschulden, Vollstreckung der Ordnungsmittel

20. Zwangsvollstreckung gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts

PC-Basiskurs

Vorbemerkung

Das Ausbildungsziel für die Unterrichtsveranstaltungen im freiwilligen „PC-Basiskurs“ besteht darin, den Studierenden den Umgang mit dem Computer vertraut zu machen und sie auf die praktischen Tätigkeiten der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers mit diesem Arbeitsmittel im hessischen und Thüringer Justizdienst vorzubereiten.

Dabei steht das Erlernen des Umgangs mit dem Textverarbeitungsprogramm Microsoft Word anhand von Übungen im Vordergrund.

Das Tabellenkalkulationsprogramm Microsoft Excel und das Folien-Präsentationsprogramm Microsoft PowerPoint werden den Studierenden in ihren Grundfunktionen vorgestellt.

1. Textverarbeitungsprogramm MS Word

Grundeinstellungen - Darstellung der Schaltflächen - Erstellung und Änderung von Texten - Erstellung von Vordrucken mit der Formularfunktion - Erstellung von Autotexten - Einfügen von Grafiken und Texten

2. Tabellenkalkulationsprogramm MS Excel

Darstellung der Grundfunktionen - mathematische Grundformeln

3. Folien-Präsentationsprogramm MS PowerPoint

Erstellung einer Präsentation - Inhaltslayout - Folienlayout - interaktive Schaltflächen - benutzerdefinierte Effekte

4. Datensicherheit und Datenschutz

Sensibilisierung für Datenschutz - Schutz vor unbefugtem Zugriff (z.B.: personenbezogene Daten) - Verlust von Daten (z.B.: Beschädigung oder fehlerhafte Bedienung der Hardware) - Verfälschung von Datenbeständen (z.B.: durch Computerviren) - Richtlinien: EU-Datenschutzrichtlinie, Bundesdatenschutzgesetz, Landesdatenschutzgesetz, gerichtsinterne verbindliche Richtlinien (Daten schützen und sichern durch Systemverwalter) - wichtige „allgemeine Grundregeln der Datensicherheit“

